



# BürgerInnenbrief

15. August 2011

**DIE LINKE.** Fraktion in der  
Hamburgischen Bürgerschaft

Haushalt +++ Erziehungshilfen +++ Hansaplatz +++ Schulessen +++ Hapag-Lloyd +++ Mauerbau +++ Radfahren

## Schuldenbremse trotz Überschuss?



Finanzsenator Tschentscher beim Richtfest für das Rathausforum Harburg (8.6.2011)

Die Hamburger Bürgerschaft berät in den nächsten Wochen den 22 Milliarden Euro umfassenden Doppelhaushalt 2011/2012. Gleich nach den Schulferien kam der Haushaltsausschuss zu seiner ersten Sitzung zusammen, um die Etats von Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof, Senat und Personalamt zu erörtern. Die übrigen Bereiche sollen bis Anfang September in fünf weiteren Sitzungen geklärt werden. Von der Bürgerschaft verabschiedet wird der Haushalt aller Voraussicht nach im November. Im Klartext: Bis November arbeiten die Behörden mit einem Provisorium. Verläuft alles planmäßig, wird Ende des Jahres ein gesetzlicher Beschluss zu den öffentlichen Finanzen vorliegen, der dann im kommenden Jahr 2012 eine ordentliche Haushaltsführung erlaubt.

Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) und die SPD-Fraktion verfolgen einen strikten Sparkurs. Der Haushalt soll jährlich um nicht mehr als 0,88% wachsen. Außerdem sollen jedes Jahr

250 Stellen im öffentlichen Dienst gestrichen werden. Auf der anderen Seite gibt es aber unbestritten die prognostizierten Steuermehreinnahmen, in der Tat eine »erfreuliche Entwicklung«. Der Zuwachs der Steuereinnahmen betrug im ersten Halbjahr 13%, die Betriebsausgaben blieben in etwa gleich. Zudem ist die Summe der Investitionen gekürzt worden. Unter dem Strich hat Hamburg also einen Überschuss erwirtschaftet. Die Steuermehreinnahmen bewegen sich mit etwa 700 Mio. Euro im Rahmen der Frühjahrsprognose.

Kann diese Entwicklung fortgeschrieben und fortgeführt werden oder besteht die Gefahr höherer Ausgaben? Derzeit zeichnet sich eher eine Konjunkturabschwächung ab, die Binnenkonjunktur ist aufgrund der zurückbleibenden Lohnentwicklung eher problematisch. Steuern werden zeitverschoben erhoben, sodass die Jahresprognose selbst bei einer Abschwächung in etwa hinkommt. Aufgrund der rigorosen Haushalts-

führung dürfte das laufende Jahr »im Lot« sein. Problematisch dürfte das nächste Jahr werden. Falls sich die Konjunkturlage abschwächt, wird sich die Erwartung für das kommende Jahr nicht umsetzen lassen.

Das aktuelle Plus in der Haushaltskasse ermutigt die CDU seit Wochen zu der Forderung, sofort ein Schuldenverbot in die Hamburger Verfassung einzuführen. Diese Argumentation ist von wenig Sachkenntnis getrübt. Faktisch gilt auch schon für Hamburg die Schuldenbremse. Denn die Ergänzung im Grundgesetz entfaltet längst ihre Wirksamkeit auch für die Hansestadt.

Um einem weiteren Anstieg der Verschuldung der öffentlichen Haushalte entgegenzuwirken, wurde im Rahmen der Föderalismusreform II das »Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91c, 91d, 104b, 109, 109a, 115, 143d)« verabschiedet, mit dem unter anderem die so genannte Schuldenbremse in die Finanzverfassung implementiert worden ist. Mit der Schuldenbremse wird das Ziel verfolgt, die langfristige Tragfähigkeit der Haushalte von Bund und Ländern zu sichern, sowohl im Hinblick auf die Lastenverteilung zwischen den Generationen als auch bezüglich der Anforderungen des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Dabei ist eine Übergangsphase für den Bund bis zum 31. Dezember 2015 und für die Länder bis zum 31. Dezember 2019 vorgesehen, in der von den neuen Verschuldungsregelungen noch abgewichen werden kann. Der Bundeshaushalt soll also ab dem Jahr 2016 und die Haushalte der Länder ab dem Jahr 2020 die oben beschriebenen Vorgaben vollständig erfüllen.

Faktisch wird die Schuldenbremse aber bereits mit dem Haushaltsjahr 2011 wirksam. Die Haushaltsaufstellung muss ab 2011 so erfolgen, dass bis 2020 ein ausgeglichener Haushalt erreicht ist. Im Klartext läuft das daraus hinaus: Es dürfen keine neuen Kredite zur Deckung von Ausgaben aufgenommen werden.

Zur Überwachung dieser Festlegung wurde ein Stabilitätsrat eingerichtet. Dessen Hauptaufgabe ist die Kontrolle der Haushalte, um eventuell drohende Haushaltsnotlagen frühzeitig zu erkennen und durch Sanierungsmaßnahmen entgegenwirken zu können. Hierzu legt jede Gebietskörperschaft einen jährlichen Stabilitätsbericht vor, in dem Kennziffern zur aktuellen Haushaltslage und zur Finanzplanung dargestellt werden sowie über die Einhaltung der verfassungsmäßigen Kreditaufnahmegrenzen Auskunft erteilt wird. Die Stadtstaaten Berlin und Bremen stehen bereits jetzt unter dem Regime der Haushaltsnotlage. Sie erhalten einerseits vom Bund Sonderzahlungen, müssen andererseits aber harte Kürzungsmaßnahmen umsetzen.

Diese Instrumente will übrigens die Regierung Merkel/Schäuble jetzt auch auf die europäische Ebene übertragen. Wir können zumindest in einigen Blättern nachlesen, dass dies nicht nur den Verlust an staatlicher Souveränität für die Krisenländer bedeutet und wie brutal die Einschnitte in das soziale Gefüge ausfallen werden.

Das Konzept der Schuldenbremse schließt ausdrücklich die Berücksichtigung konjunkturell bedingter Schwankungen ein und lässt sogar eine Neuverschuldung bei außergewöhn-

lichen Notlagen zu, soweit ein verbindlicher Tilgungsplan unterlegt ist. Die augenblickliche konjunkturelle Entwicklung kann nicht bis 2020 fortgeschrieben werden. Insofern sind Bundesländer und Kommunen ausdrücklich aufgefordert, eine antizyklische Wirtschaftspolitik zu verfolgen, um ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum zu Stande zu bringen. Wenn über fast ein Jahrzehnt Abstriche bei Investitionen zum Erhalt der öffentlichen Infrastruktur und beim Personal eingeplant werden, wird dies in der Konsequenz zu einer Gefährdung der konjunkturellen Entwicklung führen.

Neben einer Ausgabenpolitik, die sich in eine antizyklische Wirtschafts- und Konjunkturpolitik einbauen muss, kann die Sanierung der öffentlichen Finanzen nur dann erfolgreich sein, wenn auch die Einnahmenseite einbezogen wird. Hamburg hat – wie im Übrigen auch alle anderen Kommunen und Stadtstaaten – ein massives Einnahmeproblem und gleicht dieses aus durch die strukturelle Unterfinanzierung bei Infrastruktur, Wissenschaft und Bildung sowie dem Personal. Wegen der stark eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten eines Bundeslandes bei der Gestaltung der Landes- und Kommunalsteuern sind die wesentlichen länderspezifischen Handlungsparameter erstens eine effektive Ausgestaltung des Steuervollzugs und zweitens Initiativen zu einer umfassenderen Reformpolitik bei den Steuern auf Bundesebene.

Auch Hamburg hat eine schwere Krise durchlaufen. Die zur Abwehr der schlimmsten Krisenfolgen erforderliche Nettokreditaufnahme fand über ein Sondervermögen statt, was auch den Sinn hatte, die Kredittilgung wiederum volkswirtschaftlich sinnvoll gestalten zu können. Hamburg hat jetzt deutliche Steuermehreinnahmen. Die Fraktion DIE LINKE unterstützt ausdrücklich den Übergang zu einer Konsolidierungspolitik. Aber weder aus der Schuldenbremse, den Regelungen des Stabilisierungsrates noch dem Gesetz über das Sondervermögen Konjunkturstabilisierungsfonds kann herausgelesen werden, dass ein Teil des Steuerplus nicht für eine antizyklische Wirtschaftspolitik eingesetzt werden kann.

Deshalb sollte aus Sicht der LINKEN mindestens die Hälfte des Steuerplus für Investitionen in die Zukunft der Stadt, also z.B. für Sofortmaßnahmen im Bereich des Arbeitsmarkts, für eine bessere universitäre Bildung und zur Ankurbelung des Wohnungsbaus verwendet werden. Diese Investitionen stabilisieren die wirtschaftliche Entwicklung und generieren zusätzliche Steuereinnahmen. Firmen erhalten Aufträge und die Beschäftigung steigt. Diese Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe ist auch deshalb klug, weil die konjunkturelle Erholung – darauf weist auch der Finanzsenator immer wieder hin – nach wie vor fragil und eine deutliche Eintrübung, ausgelöst etwa durch die weitere Zuspitzung der europäischen Schuldenkrise, keineswegs ausgeschlossen ist.

Die Linksfraktion verweist darauf, dass sich die Mehreinnahmen im prognostizierten Rahmen bewegen, und erneuert die Forderung, einen Teil der Gelder für unterfinanzierte Bereiche einzusetzen. Zudem warnt sie vor den Folgen eines sofortigen Schuldenverbots und des damit verbundenen radikalen Sparkurses. Im Investitionsbereich darf nicht derart gekürzt werden, da

- vernünftige Investitionen Bedingung für eine Erholung der Binnenkonjunktur sind und
- mit ihnen antizyklisch konjunkturellen Entwicklungen gegengesteuert werden kann.

Mit einem radikalen Sparkurs erreicht man das Gegenteil. Eine rückläufige Wirtschaftsleistung führt zu geringeren Steuereinnahmen und bestärkt damit eine Tendenz zur Ausweitung der Neuverschuldung. Realistische Konsolidierung muss sich auf eine Mischung von Schuldenabbau und konjunkturstabilisierender Strukturpolitik stützen.

Eine Deckelung der Ausgaben eines Staates heißt faktisch Sparen und Einschränkung sozialer Leistungen. Was sich auf den ersten Blick durchaus vernünftig anhört, hat für die Aufgaben und Verantwortung eines Staates fatale Auswirkungen. Seriöse Wirtschaftswissenschaftler kritisieren diese ausschließliche Fokussierung auf die Ausgabenseite als »Wahnsinn«. Die Begrenzung auf die Schuldenbremse ge-

fährde die »gesamtwirtschaftliche Stabilität« und »die Zukunft kommender Generationen«. Grund ist, dass die Zieldefinition einer Volkswirtschaft auf die Stabilisierung des Schuldenstandes der öffentlichen Hand verkürzt wird. In der Folge werden durch das Kreditfinanzierungsverbot unnötigerweise die Handlungsspielräume für eine antizyklische Makropolitik erheblich eingeschränkt. Der Effekt wird genau gegenteilig sein; aufgrund der Mechanik der normalerweise verwendeten Konjunkturbereinigungsverfahren wird die Schuldenbremse prozyklisch wirken. Eine wichtige Rolle bei der Makropolitik eines Staates spielt die Finanzpolitik. In der schwierigen Übergangsphase 2011 bis 2020 wird die Finanzpolitik extrem restriktiv ausgestaltet sein müssen, um das angestrebte Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes erreichen zu können. Dieses kann die wirtschaftliche Entwicklung schwer beeinträchtigen.

## Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Auf einer **Barkassenfahrt des Hafensemuseums** am **Sa., den 20.8.** und **So., den 21.8.** jeweils von **14:00-17:00 Uhr** erfährt man, welche Werften heute was machen, von berühmten Schiffen, Nietern und Ketelkloppern – und von Krisen, Krächen und Konjunkturen. Kosten: 25 Euro pro Person, inklusive Kaffee und Kuchen an Bord und Museumseintritt, Anmeldung im Hafensemuseum (Tel. 730 911 84)

Am **So., den 21.8.** diskutiert ab **12:00 Uhr** Heike Sudmann mit Senatorin Jutta Blankau und einem BUND-Vertreter auf dem Methfesselfest (vom 19.-21.8. auf dem Else-Rauch-Platz) über **Wohnungsbau und Umweltpolitik**. Das Gesamtprogramm gibts unter <http://methfesselfest.de>.

»**Schanzenfest findet statt – Flora bleibt!**«, und zwar am **Sa., den 20.8.** Zum legendären nicht angemeldeten Fest um das Schulterblatt herum mit Flohmärkten, Infoständen, Bühne und Musik gibt es kein Vorabprogramm, einfach hingehen und mitmachen.



Das **ROTE SOMMERKINO** zeigt am **Fr., den 26.8.** im Hammer Park (S Hasselbrook/U Hammer Kirche) um 20:30 Uhr **Jalla! Jalla!**, eine liebenswerte Slapstick-Komödie um zwei Stadtreiniger im Chaos der Gefühle. Bereits **ab 19:00 Uhr** laden Jan van Aken (LINKEN-MdB) und DIE LINKE Hamm-Horn-Borgfelde ein zu **Grillen und Musik**. Und am **Sa., den 3.9.**, veranstalten die Bezirke der LINKEN in Hamburg dann an gleicher Stelle **ab 15:00 Uhr** ein **Sommerfest**.

Um Geschichte und Zukunft des Schanzenviertels geht es auf zwei Rundgängen, die die Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg in Kooperation mit dem VSA: Verlag am **So., den 11.9., um 15:00 Uhr** und **Di., den 13.9., um 18:00 Uhr** durchführt: **Gentrification | Galão | Geschichten**. Gemeinsam mit Gerd Siebecke, dem Autor des Büchleins »Die Schanze: Galão-Strich oder Widerstandskiez?«, wird hinter die Fassaden des Kultviertels geschaut und Ungereimtes & Unerwartetes entdeckt. Treffpunkt ist jeweils das Centro Sociale (Sternstr. 3), der Teilnahmebeitrag beträgt 3 Euro (Kinder frei).

## Wegfall der Erziehungshilfen?

Zu den großen Positionen des Hamburger Haushalts gehören die gesetzlichen Sozialleistungen. Mit 2,2 Mrd. Euro entfallen auf sie etwa 21% der bereinigten Betriebsausgaben im Jahr 2011. Mit 1,3 Mrd. Euro stellt die Sozialhilfe den größten Ausgabenposten dar, 500 Mio. Euro werden für die Kindertagesbetreuung, 51 Mio. Euro für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und 266 Mio. Euro für die Hilfen zur Erziehung, die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in Heimen und sonstige Einzelfallhilfen ausgegeben.

Im Rahmen seiner Konsolidierungspolitik plant der Senat nun offenbar eine radikale Umkehr bei den Hilfen zur Erziehung. Dazu zählen Maßnahmen wie die ambulante und sozialpädagogische Einzelbetreuung oder die stationäre Unterbringung in Heimen und Jugendwohnungen. In den letzten zehn Jahren stiegen Fallzahl und Kosten in Hamburg stetig an. So schlägt die Heimerziehung mit 3.976 Euro pro Monat und Kind zu Buche. Die Kosten für betreutes Wohnen liegen bei 1.524 Euro pro Person und Monat und für die »intensive sozialpädagogische Betreuung« werden 2.677 Euro ausgegeben. Im Jahr 2005 summierten sich diese Beträge auf knapp 140 Mio. Euro, in diesem Jahr werden es voraussichtlich rund 233 Mio. Euro sein.

Der Rechtsanspruch auf Hilfe zur Erziehung soll nun aus Kostengründen offensichtlich abgeschafft und durch eine Gewährleistungsverpflichtung ersetzt werden. Dies geht jedenfalls aus einem Vorschlag hervor, der auf einer Staatssekretärsitzung der SPD-geführten Länder vorgestellt wurde. Auch wenn Hamburgs Sozialsenator Detlef Scheele erklären lässt, »die Behördenleitung habe nicht über das Papier entschieden« (taz hamburg vom 15.8.2011), dürfte er sich der Begründung anschließen.

Die lautet: »Ausgestaltung des Hilfeangebots als individueller Rechtsanspruch und die starke Stellung freier Träger« machten das System »immer teurer«. Die zusätzlichen Mittel

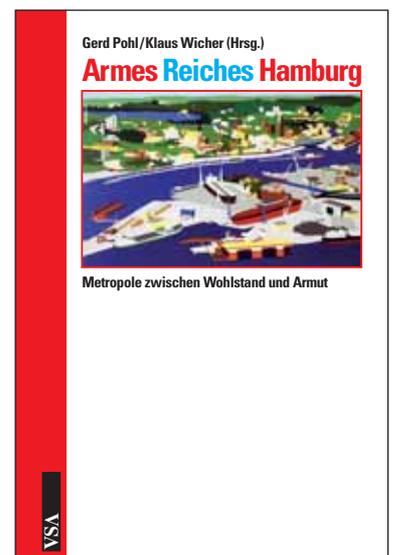
hätten nicht zu einer Verbesserung der Situation von betroffenen Kindern und Jugendlichen geführt. Die bisherige Betreuung durch Sozialpädagogen in den Familien würde »in sehr vielen Fällen ins Leere« laufen. Statt personalintensiver individueller Hilfe soll in Zukunft verstärkt auf ein »infrastrukturelles Angebot« in Schulen, Kitas und Jugendzentren gesetzt werden. So wurden in Hamburg bereits mit fünf von sieben Bezirken Verträge zur Umsetzung alternativer, günstiger Angebote abgeschlossen. Sie sehen vor, dass der Senat den Bezirken zusätzlich Geld für »sozialräumliche Angebote« wie Mütter-Kind-Zentren zuweist und die Bezirke sich im Gegenzug verpflichten, ihre entsprechenden Ausgaben zu senken. 16 Mio. Euro dürfen die Bezirke dieses Jahr zusätzlich ausgeben. Die Etatansätze für die Hilfen zur Erziehung sind bewusst noch nicht gesenkt worden, weil es sich um gesetzliche Ansprüche handelt und ein Rückgang erst zu erwarten ist, wenn die alternativen Angebote wirken. Zudem soll der starke Anstieg der Heimunterbringung (die »teuerste Angebotsform«) schrittweise durch kostengünstigere und fachlich sinnvollere Lösungen ersetzt werden. Unter der Federführung Hamburgs soll dem Papier zufolge nun eine Arbeitsgruppe der SPD-geführten Bundesländer bis zum Herbst entsprechende Vorschläge erarbeiten.

In dem starken Anstieg der Ausgaben für Hilfen zur Erziehung reflektiert sich die wachsende Not vieler Familien. Veränderte Lebensformen, die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, eine zunehmende Verarmung und der Abbau der sozialen Infrastruktur (etwa Schließung von Schwimmbädern, Bücherhallen, Schulen etc.) haben dazu geführt, dass viele Familien nicht mehr in der Lage sind, ihre Kinder angemessen zu betreuen. Dies betrifft insbesondere die Familien, in denen die Eltern arm und/oder prekär beschäftigt sind. Ihre Zahl ist in den letzten 20 Jahren deutlich angewachsen. Wir finden diese Familien zudem sozial-räumlich konzentriert

## VSA: Armes Reiches Hamburg

Gerd Pohl/Klaus Wicher (Hrsg.): **Armes Reiches Hamburg**. Metropole zwischen Wohlstand und Armut  
192 Seiten | EUR 14.80 | ISBN 978-3-89965-471-4

»Hammonia, oh wie so herrlich stehst du da«, heißt es in der Hymne der Hansestadt. Kann davon wirklich die Rede sein? Hamburg ist die Stadt mit den meisten Millionären in Deutschland. Zugleich nimmt die Zahl der armen Menschen zu. So ist die Stadt immer stärker geprägt durch eine Kluft zwischen Reichtum und Armut. Dies machen die Autorinnen und Autoren deutlich: Die Fehlentwicklungen sind mit dem Ethos des »Ehrbaren Kaufmanns zu Hamburg« nicht vereinbar, sondern ein sozialer Skandal. Sie bedürfen grundlegender Korrekturen, damit es zu einer sozial gerechteren Stadtentwicklung kommt. Ihre Themen sind: Privater Reichtum – öffentliche Armut. Wer lebt über wessen Verhältnisse? | Hamburgs Reiche und Superreiche | Sozial gespalten in die Zukunft? Wirtschaft, öffentliche Finanzen, Stadtentwicklung | Arbeitslosigkeit – Niedriglöhne – Armut | Hamburg prekär: Armut und Ausgrenzung in einer wachsenden Stadt | Wohnungsnot und soziale Schieflagen | Altersarmut nimmt zu. Konzepte für eine Umkehr | Skandal Kinderarmut | Die Tafeln: eine sozialpolitische Herausforderung  
Im Buchhandel oder bei VSA: St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg | [www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)



in bestimmten Gebieten der Stadt (siehe hierzu auch Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Sozial gespalten in die Zukunft? In: Gerd Pohl/Klaus Wicher [Hrsg.], Armes Reiches Hamburg [im Erscheinen]; dort ist detailliertes Material zu den verschiedenen Sozialleistungsarten wie Arbeitslosengeld II und Sozialgeld nach Hartz IV etc. enthalten).

Besonders von Armut betroffen sind vor allem die Kinder. 26% aller Hamburger Kinder unter sieben Jahren lebten Ende 2009 vom Sozialgeld. Auch hier finden wir wieder die typisch räumlich-soziale Konzentration: So sind im Bezirk Mitte 43,6% der Kinder unter sieben Jahren von Armut betroffen, in Stadtteilen wie Billstedt und Wilhelmsburg liegen diese Anteile zwischen 50 und 60%. Bei den jungen Heranwachsenden ist die Situation nur wenig besser. So lebten im April 2011 12,8% der 15-24-jährigen HamburgerInnen in einer SGB II-Bedarfsgemeinschaft, 12,6% der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten dieser Altersgruppe waren ohne Arbeit.

Angesichts dieses sozialen Hintergrunds ist es absurd, soziale Anforderungen durch das Kippen von Rechtsansprüchen zulasten der Betroffenen kostenmäßig begrenzen zu wollen. Selbstverständlich ist es sinnvoll, im Bereich der Kinder- und

Jugendhilfe durch den Ausbau von sozialräumlichen Angeboten ein Netz für Kinder, Jugendliche und ihre Eltern zu knüpfen, das ihnen hilft, mit ihrer schwierigen Situation fertig zu werden. Gleichzeitig muss aber der Rechtsanspruch auf Hilfen zur Erziehung erhalten bleiben, weil in vielen Fällen die bisherigen Interventionsformen hilfreich sind.

Für eine grundlegende Verbesserung der Lebenssituation dieser Familien bedarf es weitergehender Initiativen. Dazu gehören verbesserte Angebote der schulischen und beruflichen Bildung, bezahlbarer Wohnraum sowie gezielte Maßnahmen der beruflichen Qualifikation und Arbeitsplatzangebote, um aus dem Teufelskreis der Armut auszubrechen zu können. Wichtig ist auch, dass Alleinerziehenden durch öffentliche Angebote (Kinderbetreuung/[Teilzeit-]Beschäftigung etc.) die gesellschaftliche Unterstützung gewährt wird, die sie brauchen. Das alles kostet zweifelsohne Geld und die Haushaltslage ist mehr als angespannt. Allerdings ist das kurzzeitige Sparen im Sozialetat mehr als kontraproduktiv. Kosten die hier gespart werden, fallen spätestens bei den folgenden Generationen, dann allerdings – wie die Entwicklungen in Großbritannien zeigen – in weitaus größerem Umfang an.

## Stadtteilcleaning in St. Georg?



Aktion anlässlich der Feier nach dem Umbau des Hansaplatzes (24.6.2011)

Auf und um den mit 2,4 Mio. Euro erneut aufgehübschten Hansaplatz kreuzen sich zwei sozial- und stadtentwicklungspolitische Grundkonzepte: Auf der einen Seite der von einem Teil der neu hinzugezogenen WohnungseigentümerInnen und -mieterInnen getragene Protest gegen die angeblich überbordende Straßenprostitution und »Alk«szene. Diese Seite bekommt starke Unterstützung vom Bezirksamtsleiter Markus Schreiber (SPD), der einen scharfen Kurs der sozialen Ausgrenzung fährt – sei es bei den Obdachlosen an der Helgoländer Allee, sei es die angestrebte »Verlagerung« der Alkohol konsumierenden Szene in »Trinkräume« nach Wilhelmsburg

und Horn sowie der Straßenprostitution nach Rothenburgsort. Flankiert wird dies vom deutlich repressiveren Vorgehen des Polizeikommissariats 11, dessen BeamtenInnen im »Sperrgebiet« schon dann die Anbahnung von Freierkontakten wähen, wenn Frauen über die Straße winken oder auffällige Kleidung tragen.

Auf der anderen Seite machen sich langjährige BewohnerInnen bemerkbar, die zusammen mit den sozialpädagogischen Initiativen auf einem integrativen Konzept des Neben- und Miteinanders beharren. Sie kritisieren die faktische Aufkündigung des in den 1990er Jahren ausgehandelten Kon-

senses (was den Drogenabhängigen und anderen »auffälligen« Gruppen nutzt, nutzt dem Stadtteil), der u.a. durch Schaffung von Beratungseinrichtungen zu einem massiven Rückgang der Belastungen des Viertels geführt hat. Und sie machen zum wiederholten Male den Zusammenhang zwischen der Aufwertung des Hauptbahnhofviertels und der Verdrängung aller störenden »Elemente« deutlich.

DIE LINKE St. Georg hatte schon bei der Einweihung des Hansaplatzes Ende Juni auf den Missstand hingewiesen, dass ein so teuer hergerichteter Platz tatsächlich »für alle« sein muss. Mittels leerer Stühle sollte veranschaulicht werden, was dem Platz fehlt: Sitzmöbel, auf die bewusst deswegen verzichtet wurde, um das ungeliebte Volk fernzuhalten.

Ein neuer Konflikt unterstreicht, dass der Hansaplatz in Sachen Gewerbestruktur Vorbild für die weitere Entwicklung des gesamten Stadtteils sein soll: Der Bezirk Mitte hat einer Lokalität nach der anderen die Genehmigung für Außengastronomie erteilt, durchaus nicht immer zur Freude der hier lebenden Bevölkerung. Damit wird St. Georg noch stärker zum Vergnügungs- und Touristenstandort umgemodelt. Einem seit Jahren am Hansaplatz angesiedelten »Call-Shop« wurde gekündigt, nachdem verschiedene »Gespräche« des Bezirksamtes und des so genannten Quartiersentwicklers mit den HauseigentümerInnen geführt worden waren. Und ganz entgegen der Praxis, Außengastronomie üppig zuzulassen, wurde plötzlich dem »Hansa-Treff« die Außenbewirtschaftung untersagt: Es gäbe »keinen Anspruch« darauf, außerdem, so der Pressesprecher des Bezirksamtes, Lars Schmidt-von Koss, lägen für diese Kneipe Anwohnerbeschwerden wegen Lärmbelästigung vor. »Außerdem wissen wir von der Polizei, dass

sich in den Räumen Milieu-bekannt Personen aufhalten.«

Es ist schon seltsam: Lärmbeschwerden über nächtliche Ruhestörungen von AnwohnerInnen der Langen Reihe wurden über Jahre weder von der Polizei noch vom Bezirklichen Ordnungsdienst ernst genommen. Jetzt wird einer seit langem am Hansaplatz ansässigen Szenekneipe der Außenbetrieb verweigert. Das hat Methode, denn der Bezirk möchte, dass sich die Bevölkerungsmischung im Hauptbahnhofviertel grundlegend verändert: zugunsten des gut situierten Mittelstandes, des Eventpublikums und der TouristInnen. Soziale Probleme gehören nach Wilhelmsburg, Horn oder Rothenburgsort, aber nicht an die »saubere Visitenkarte« Hauptbahnhof, die schon Vorgängersenate versprochen hatten. Mit solcher Stadtteilentwicklung betreiben SPD-Senat und Bezirksamtsleitung eine Politik noch massiverer Verdrängung, um Platz für diejenigen zu schaffen, die es sich »erlauben« können, in der Innenstadt zu wohnen.

Noch ist St. Georg ein gemischtes Viertel, in dem soziale Einrichtungen ihren Platz haben: Angefangen vom Drogenhilfzentrum »Drob Inn« über das Projekt »KIDS« (Kinder in der Szene), das »BASIS-Projekt« für männliche SexarbeiterInnen bis hin zu den Prostituierten-Beratungseinrichtungen »Ragazza« und »Sperrgebiet«. DIE LINKE setzt sich dafür ein, die für benachteiligte Personengruppen geschaffenen sozialen Einrichtungen zu verteidigen und zugleich die Interessen und Bedürfnisse der Wohnbevölkerung ernst zu nehmen. Dass dies eine Wanderung auf einem schmalen Grat ist, die beständig neu überdacht werden muss, macht die Sache nicht einfacher. Aber darunter ist ein lebendiges Neben- und Miteinander nicht zu haben.

## Schulessen zu Mindestlöhnen

Die taz Hamburg meldet zum Schulbeginn: »Das neue Schuljahr startet mit Hindernissen. Nicht nur, dass wie berichtet 40 Container als provisorische Unterrichtsräume fehlen. Auch in den Schulküchen kriselt es. Von 510 Ein-Euro-Jobs, die noch bis Jahresende für diese Aufgabe bereitstehen, waren nach Angabe der Beschäftigungsträger am ersten Schultag nur 308 besetzt. »Wir fahren ein absolutes Notprogramm«, sagt Manfred Gans, Geschäftsführer vom Träger Quadriga, der zehn Schulküchen betreibt. »Wir haben schon im April auf die mangelnde Belegung hingewiesen«, sagt Gans. Genützt habe es nichts. Bei den anderen Schulküchen-Trägern gibt es ähnliche Engpässe. Insgesamt sind 72 Schulen betroffen. »Wir haben schon im Juli darauf hingewiesen, dass die Sommerferien bald zu Ende sind«, sagt Trägersprecherin Petra Lafferentz. Doch AGHs würden nur von einer zentralen Abteilung des Jobcenters »team.arbeit.hamburg« bearbeitet und die habe seit Ende Juni »so gut wie keine Arbeitslosen mehr durchgelassen«. Auch Stadtteilcafés und andere Quartiersprojekte liefen deshalb leer. Sich jetzt erst um die Küchenbesetzung zu kümmern, das wäre so, »als wenn man am 24. Dezember Geschenke kauft«. »Wir arbeiten mit Hochdruck daran, die Stellen zu besetzen«, verspricht der Sprecher von team.arbeit.

hamburg. Unabhängig von der aktuellen Lage verhandeln Schulbehörde und Träger über eine Alternative zum Einsatz von Ein-Euro-Kräften... Ein im Juli fertiggestelltes Gutachten des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) kommt zu dem Fazit, dass Ein-Euro-Jobs arbeitslosen Menschen helfen, ihren Alltag sinnvoll zu strukturieren, aber nicht die Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt verbessern.« Ich habe diesen Beitrag so ausführlich zitiert, weil daran verdeutlicht werden kann, welche Dimensionen die Auseinandersetzungen um das Schulesen haben. Ich möchte im Folgenden die in dem Zeitungsartikel angesprochenen Fragen durch aus verschiedenen Gesprächen und Anfragen gewonnene Erkenntnisse ergänzen.

Ein Großteil der Eltern, der Lehrkräfte und auch die Schulbehörde haben ein Interesse daran, dass SchülerInnen an möglichst vielen Schulen mit einem bezahlbaren Essen in angemessener Qualität versorgt werden. Deshalb werden Kantinenräume in den Schulen kostenfrei zur Verfügung gestellt sowie Kosten für die Reinigung und Unterhaltung der Räume von der Stadt übernommen. Für SchülerInnen, die Regelsätze beziehen und die daher Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket beziehen können, übernimmt der Bund die



Kosten für das Mittagessen. Den ansonsten den Sorgeberechtigten obliegenden Eigenanteil von 1 Euro pro Essen übernimmt die Freie und Hansestadt Hamburg. Zusätzlich werden aus Landesmitteln die Versorgung weiterer Berechtigter (u.a. Heim- und Pflegekinder) gefördert und auch für nicht förderberechtigte SchülerInnen wird die Teilnahme am Mittagessen durch eine moderate Preisgestaltung ermöglicht.

Es sollen zudem Wissen und Einstellungen zu gesunder Ernährung vermittelt werden. Dazu gehört neben dem Mittagessen auch ein »gesundes Frühstück«.

Ein beträchtlicher Teil dieser Schulesen, vor allem in benachteiligten Quartieren, wurde von sozialen Trägern organisiert, denen von den Job-Centern Langzeitarbeitslose zugewiesen wurden, die auch Ein-Euro-Jobs übernehmen müssen. Diese Jobs – so hat eine Expertise des Senats jetzt bestätigt – sind keineswegs geeignet, einen Übergang in Arbeitsverhältnisse auf dem ersten Arbeitsmarkt zu befördern. Sie werden zudem bei den Bürgern, die diese Arbeitsgelegenheiten annehmen müssen, nicht als attraktiv eingeschätzt. Laut Gutachten liegt der wesentliche Grund für einen Abbruch dieser Beschäftigung oder die Unzufriedenheit in der »empfundenen Langeweile oder Sinnlosigkeit der Tätigkeiten«. Als Negativbeispiele für solche »unterfordernden« Tätigkeiten, die zudem keinerlei Brückenfunktionen zu Tätigkeitsfeldern auf dem ersten Arbeitsmarkt und entsprechend geringe Chancen auf eine spätere Einmündung in den Arbeitsmarkt generierten, »wurden in den Jobcentern ... Aushilfstätigkeiten in Schulkantinen oder Einkaufsbegleiter in Einkaufszentren genannt. Auch hier zeigen sich Parallelen zu den Einschätzungen der Geförderten selbst, von denen immerhin etwa 40% angeben, ihre Tätigkeitsinhalte seien sehr oder eher unterfordernd ausgestaltet«. Von den Stellen im AGH-Center würden – sofern sie überhaupt besetzt werden – »hauptsächlich die Träger und weniger die Geförderten profitieren«. Es gäbe »zu wenige motivierende und die Langzeitarbeitslosen »weiter bringende« Arbeitsgelegenheiten«, die Brücken in den ersten Arbeitsmarkt böten.

Endlich ist ein Teil der Wahrheit über die Ein-Euro-Jobs in der Hamburger Arbeitsmarktpolitik angekommen. Ange-

sichts der massiven Kürzungen öffentlicher Mittel für die Arbeitsmarktpolitik will der Senat die Mittagsverpflegung an den Hamburger Schulen in eine Betriebsform mit sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung überführen, bei denen auch Arbeits- und Tarifrecht respektiert werden – das ist lange überfällig, und nicht nur für Schulkantinen.

Schul- und Sozialbehörde, Arbeitsagentur und team.arbeit.hamburg haben sich im Juni 2011 verständigt, dass die Schulküchen nur noch ein weiteres Jahr lang von Ein-Euro-JobberInnen betrieben werden sollen. Zur Sicherung der Schulesenversorgung sollen diejenigen künftigen Betreiber der Schulküchen, die bisher im Rechtskreis des SGB II tätig waren, vertraglich verpflichtet werden, mindestens 60% der Arbeitskräfte aus von team.arbeit.hamburg zugewiesenen Personen sozialversicherungspflichtig einzustellen. Die Umwandlung beginnt zum 1. Januar 2012 und soll am 1. August 2012 abgeschlossen sein. Es ist zwar bitter, dass diese Umwandlung so lange Zeiträume umfasst, aber in dem düsteren Kapitel Ein-Euro-Jobs ist dies doch immerhin ein Lichtblick.

Die Rekrutierung der Arbeitskräfte jenseits der 60%-Quote soll vorrangig aus dem Kreis der in Arbeitsangelegenheiten beschäftigten Personen erfolgen. Die Behörde verpflichtet sich, die Vertragspartner in einem zweimonatigen Rhythmus über den Stand der Überführung zu informieren. Das Jobcenter team.arbeit.hamburg prüft wie bisher die Eignung und stellt sicher, dass die Beschäftigungsträger Leistungsberechtigte nicht in andere Beschäftigungsprojekte umsetzen.

Die Schulen handeln bei der Bereitstellung eines Mittagessens eigenverantwortlich. Seitens der zuständigen Behörde wird folgender Rahmen vorgegeben: Das Mittagessen darf einen Höchstpreis von 3,50 Euro nicht überschreiten und die Qualität muss sich an den Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung orientieren.

Die bisherigen Träger haben angelehnt an die Essenversorgung in den Kitas ein Konzept vorgelegt, bei dem mit einem Höchstpreis von 4,50 Euro die bestehenden Probleme aufgelöst werden könnten. Die Schulkantinen würden unter Fortführung der Regelungen, was Räume und Inventar angeht, künftig von sozialen Trägern betrieben, die allen Beschäf-

tigten einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsvertrag zu Mindestlohnbedingungen anbieten. Damit wäre in einem wichtigen Bereich der öffentlichen Dienstleistungen – Verlässliche Ganztagschulen mit integrierter Essenversorgung – endlich das erreicht, was nicht nur die Gewerkschaften seit langem fordern.

Unverzichtbare Bedingung ist allerdings auch ein realistischer Höchstpreis von 4,50 Euro. Zudem müssten für einen nicht geringen Kreis von SchülerInnen der Bund und die Hansestadt Hamburg begrenzte finanzielle Lasten übernehmen –

wegen der unzureichenden Gestaltung von Regelsätzen für Kinder und Jugendliche.

Schon bei der Frage der Gestaltung der Kita-Gebühren zeigten sich die gesellschaftspolitischen Differenzen: FDP und CDU wollten zwar mittlerweile auch die Absenkung der Kita-Gebühren, aber die Abschaffung des Verpflichtungsanteils ging ihnen entschieden zu weit. Insofern sind die politischen Auseinandersetzungen um die für die öffentlichen Finanzen nicht wirklich bedeutende Frage der künftigen Gestaltung des Schulessens noch nicht abgeschlossen.

## Traditionsreederei in rauer See



Hamburger Kaufleute gründeten am 27. Mai 1847 die Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actien-Gesellschaft (Hapag). Die Zielsetzung war lange Jahre nicht der Transport von Gütern, sondern die Teilhabe am Geschäft des wachsenden Auswandererstroms in die »Neue Welt«. Im Volksmund wurde die Abkürzung daher als »Haben alle Passagiere auch Geld?« buchstabiert. In den Jahren 1900-1901 ließ die Hapag auf der Veddel Auswandererhallen errichten, die für mehr als 5.000 Menschen gleichzeitig als Transitstation dienten (nach ihrem ehemaligen Generaldirektor Alfred Ballin ist der heutige Museumskomplex »Ballinstadt« benannt; ein weiterer Generaldirektor, Wilhelm Cuno, war übrigens später Reichskanzler). Die damals weltgrößte Reederei verdiente so nicht nur an den Überfahrten und sparte zudem Kosten für die Abfertigung der Auswanderungswilligen. Einen vergleichbaren »Service« bot der Bremer Norddeutsche Lloyd, der sich zum bedeutendsten Konkurrenten der Hamburger entwickelte.

1970 fusionierten die Hapag und der Norddeutsche Lloyd. Auf die Reedereien kamen infolge der Umstrukturierung des

Passagierverkehrs und vor allem des Siegeszugs der Container im Seetransport Investitionen in Größenordnungen zu, die ein Unternehmen alleine nicht tragen konnte. 1997 übernahm dann der TUI-Konzern die Hapag-Lloyd AG. Seit der Übernahme von CP Ships gehört Hapag-Lloyd inzwischen weltweit zu den fünf größten Reedereien in der Containerschifffahrt – mit einer Flotte von rund 140 Schiffen, die Häfen auf allen Kontinenten anlaufen.

Nachdem der dänische Großaktionär von TUI Fredriksen gegenüber dem Management die Forderung erhob, von der »Zwei-Säulen-Strategie« (Tourismus-Geschäft und Containerschifffahrt) Abstand zu nehmen, wurde beschlossen, die Containerschifffahrt und die entsprechende Logistik inklusive begleitende Dienstleistungen aus dem TUI-Konzern zu lösen. Von Hapag-Lloyd verbleiben demnach bei TUI lediglich der Bereich hochwertige Kreuzfahrten, für den vor allem die »Europa« als Premiumprodukt steht. Allerdings steht die Trennung unter einem schlechten Stern. Die langwierige Finanz- und Wirtschaftskrise macht die Neuordnung schwierig.

Seit der Ankündigung, Hapag-Lloyd abzugeben, herrscht in Hamburg zu Recht Aufregung. Ein Verkauf der Reederei an ein Unternehmen in Singapur könnte bedeuten, dass Hamburg und Norddeutschland ein wichtiges Geschäftsfeld verlieren. Nach langem Ringen hat der Reise- und Schifffahrtskonzern TUI die Mehrheit an der Traditionsreederei Hapag-Lloyd Ende 2008 an Hamburger Investoren verkauft. Die TUI blieb mit rund 43% an der Containerreederei beteiligt. Das Hamburger Konsortium Albert Ballin um den Logistikunternehmer Klaus-Michael Kühne wollte Hapag-Lloyd als eigenständiges Unternehmen in Hamburg weiterentwickeln. Die Freie und Hansestadt Hamburg ist mit ca. 40% an diesem Konsortium maßgeblich beteiligt. Kaum waren die Verträge unterschrieben, wurde durch die Große Krise die Existenz der Reederei einer harten Bewährungsprobe unterzogen.

Die negativsten Entwicklungen waren 2010 überstanden, aber bereits 2011 zeichnen sich am Schifffahrtsmarkt Symptome einer weiteren Krise ab. Hapag-Lloyd meldete für das zweite Quartal 2011 einen Nettoverlust in Höhe von 10,6 Millionen Euro, damit steigt der Gesamtverlust für das 1. Halbjahr 2011 auf etwa 33 Millionen Euro – nach einem Gewinn im Vorjahreszeitraum über 175 Mio. Euro. Ursache für den erneuten Gewinneinbruch sollen sinkende Frachtraten sowie hohe Brennstoffkosten sein.

Die Zukunftsaussichten für die Branche sind nicht gut, Experten erwarten noch mindestens ein bis zwei Jahre schwierige Bedingungen. Die wichtigsten Routen befinden sich zwischen Europa und Asien, auf diesen Linien kommen immer neue Containerschiffe hinzu, was sich negativ auf die zu erzielenden Frachtraten auswirken wird. Und es gibt Unruhen und Turbulenzen bei den Eignern von Hapag-Lloyd, der TUI als Miteigner geht es überhaupt nicht gut. Sie hat bereits Anfang des Jahres 11,33% ihrer Anteile an die Investorengruppe verkaufen müssen, deren Anteil stieg damit auf 61,6%. Die verbliebenen 38,4% wollte die TUI über einen Börsengang zu Geld machen. Die derzeitige Situation an den Fi-

nanzmärkten lässt diesen Weg jedoch nicht zu. Die TUI-AG besteht aus den Teilbereichen TUI Travel PLC, TUI Hotels u. Resorts, Kreuzfahrten sowie der Containerschiffahrt Hapag-Lloyd. TUI Travel erwirtschaftet etwa 95% des Konzernumsatzes. Der Konzern hat das Ergebnis April/Juni 2011 (3. Quartal seines Geschäftsjahres, abweichend vom Kalenderjahr) unlängst veröffentlicht. Der Umsatz konnte um 9,9% auf 4,4 Mrd. Euro gesteigert werden, das Ergebnis sank jedoch auf einen Verlust von 40 Mio. Euro. Die TUI konnte ihre Nettoverschuldung zwar in jüngster Vergangenheit deutlich senken, die Verschuldung ist jedoch nach Analystenmeinung weiterhin viel zu hoch.

Somit wird die TUI weiterhin versuchen müssen, sich von Anteilen ihres Konzernes zu trennen. In den Fokus tritt daher wieder die Beteiligung an Hapag-Lloyd, die das Konzernergebnis zusätzlich belastet und keinen positiven Deckungsbeitrag zum Konzernergebnis leistet. Da ein Börsengang zum Verkauf der Anteile an Hapag-Lloyd derzeit nahezu unmöglich ist, kommen nur zwei Möglichkeiten in Betracht:

- Die TUI verkauft an einen externen weiteren Investor. Da das Konsortium Albert Ballin in einem solchen Fall gleichfalls Anteile bis 50% plus einer Aktie freigeben müsste, ist der Standort Hamburg für Hapag-Lloyd gefährdet.
- Das Konsortium Albert Ballin kauft die Anteile der TUI zusätzlich auf. Dieses würde für die Hansestadt Hamburg bedeuten, dass nochmals viel Geld in die Hand genommen werden muss. Bereits im Frühjahr mussten für den Ankauf der 11,33% weit mehr als 300 Mio. Euro aufgebracht werden. Bei etwa ähnlichen Bedingungen steht somit ein Betrag von mehr als eine Milliarde Euro für die TUI-Auslösung im Raum.

So oder so wird die schlechte TUI-Konzernsituation für Hamburg zu einem Problem. Weder ein Börsengang noch der Einstieg eines Finanzinvestors als Minderheitsaktionär sind derzeit realistische Szenarien. Letztlich werden die Eigner im Hamburger Konsortium eine Lösung finden müssen.

## Kurzanalysen & Kommentare Dokumente & Termine

Aktuelle Positionsbestimmungen, Stellungnahmen, Kommentare, Pressemitteilungen, Hinweise auf Veranstaltungen und andere Termine auf meiner Internetseite

<http://joachimbischoff.de>

Auch alle bisher erschienenen BürgerInnenbriefe können als pdf-Dateien heruntergeladen werden.

Wer aktuell informiert sein möchte, sollte lieber einmal mehr vorbeischaun!

**Dr. Joachim Bischoff**  
 Ökonom | Sozialwissenschaftler | Politiker | Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft

**DIE LINKE.**  
 Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft

**Kommentare zu politischen Ereignissen nicht nur in Hamburg**  
 Veröffentlicht am 11. August 2011

**Steuerplus: Die LINKE fordert sinnvolle Investitionen statt vorgezogenes Schuldenverbot**

Die Finanzsituation Hamburgs hat sich im 1. Halbjahr 2011 deutlich verbessert. Dazu haben vor allem die wegen der guten Konjunkturerwicklung kulierten Steuermaßnahmen beigetragen. Sie stiegen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um knapp 370 Mio. Euro bzw. 9,3%. Da gleichzeitig die Betriebsausgaben etwas auf Vorjahresniveau gehalten sind und die Investitionen um etwa 20 Mio. Euro gesteigert wurden, ergibt sich unterem Strich ein Überschuss von 260 Mio. Euro. 2010 war demgegenüber zur Jahresmitte noch ein Fehlbetrag von 475 Mio. Euro zu verzeichnen.

**Alle Beiträge**  
 Wähle den Monat

**Die Themen**

- Allgemein (12)
- Arbeitsmarktpolitik (1)
- Bürgerhaushalt 2011 (2)
- DIE LINKE (1)
- Finanz- und Wirtschaftspolitik (1)
- GALT/SPD/CDU (1)
- Gesundheit (2)
- HDZ/HDZ/HDZ (1)
- Prozesspolitik (1)
- SPD (1)
- Stadtentwicklung (1)
- Verkehr (1)
- Wohnen (1)

**DIE LINKE in Hamburg**

- HamburgerInnenbrief DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft
- DIE LINKE Hamburg Homepage der Landesverbände

## »Niemand hat die Absicht ...



... eine Mauer zu errichten«. Entgegen dieser Antwort Walter Ulbrichts auf eine Frage der Vertreterin der Frankfurter Rundschau nach einer möglichen Befestigung der DDR-Staatsgrenze auf einer Pressekonferenz am 15. Juni 1961 haben Betriebskampfgruppen und DDR-Volkspolizisten am 13. August 1961 den Ostteil Berlins vom Westteil abgeriegelt. Bereits seit Wochen war die Lage an der Nahtstelle zwischen Ost und West explosiv, drohte der Kalte Krieg zu einem Heißen Krieg zu eskalieren. Aus der provisorischen Befestigung der Grenzanlagen mit Stacheldraht und spanischen Reitern wurde bald eine zunehmend gesicherte Mauer. Für die einen stellte sie einen »antifaschistischen Schutzwall« dar, andere empfanden die DDR nach dem Mauerbau als ein Gefängnis.

Bis heute hat DIE LINKE am Erbe des Mauerbaus zu tragen. Die Idee des Sozialismus ist missbraucht worden. Dies wird bis heute dazu genutzt, jegliche Suche nach grundlegenden Alternativen zu diskreditieren. Um der eigenen Glaubwürdigkeit willen ist eine klare und eindeutige Positionierung der LINKEN in dieser Frage unabdingbar.

Die komplette Abriegelung der Grenze nach Westberlin am 13. August 1961 und der anschließende Bau der Mauer dienten der Aufrechterhaltung des politischen Systems in der DDR. Die Führung der DDR gestand damit ein, dass sie den Wettbewerb der Systeme bei offenen Grenzen nicht bestehen konnte, und entschied sich dafür, die anhaltende Übersiedlungs- und Flüchtlingsbewegung durch die Abriegelung der Grenze einzudämmen. Die Toten und Verletzten an der Berliner Mauer, die Einschränkung der Reisefreiheit und die Trennung zahlloser Familien haben sich tief in das Bewusstsein der Menschen eingebrannt. Das war ein nicht akzeptables Unrecht. Wir bedauern das tragische Schicksal, das viele Men-

schen erlitten haben. DIE PDS hat sich nach der Wende bei den Bürgerinnen und Bürgern der DDR entschuldigt und ihre Geschichte aufgearbeitet. Für DIE LINKE ist der 50. Jahrestag des Mauerbaus Anlass, den Gründungskonsens unserer Partei zu bekräftigen. Freiheit und Gleichheit, Sozialismus und Demokratie, Menschenrechte und Gerechtigkeit sind für uns nicht teilbar.

Die damalige Situation wird in einem Gespräch deutlich, das das Neue Deutschland in seiner Ausgabe vom 13.8.2011 mit Egon Bahr über beidseitige Niederlagen, notwendiges Umdenken und die Politik der Entspannung führte. Egon Bahr war damals Leiter des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin und als solcher Sprecher des vom Regierenden Bürgermeister Willy Brandt geführten Westberliner Senats.

*Sie werteten den Mauerbau als Niederlage für den Westen. Auch für den Osten?*

Ja, vor allem für den Osten. Eine Idee, die auf Weltgeltung angelegt war, überschritt damit ihren Zenit. Ich habe damals meine Angst vor der kommunistischen Ideologie verloren. Ein System, das die eigenen Menschen einsperrt, hat keine große Anziehungskraft mehr. Das Einzige, was es noch zu fürchten galt, waren die Panzer und Raketen, die militärische Stärke der Sowjetunion und des Warschauer Paktes. Darauf mussten wir uns nun konzentrieren.

*Was Sie mit Ihrem Konzept »Wandel durch Annäherung« versuchten.*

Meine Rede vor der Evangelischen Akademie in Tutzing war ein Reflex auf Kennedys Rede drei Wochen zuvor an der FU, in der er deutlich gemacht hatte: Die Entspannung muss wei-

tergehen. Wir konnten die Mauer nicht wegbekommen, also mussten wir überlegen, was zu tun ist, damit sie Risse erhält. Ich hatte in Tutzing noch kein Konzept, sondern nur einen methodischen Hinweis: »Wenn ich etwas will, muss ich mich dem zuwenden, von dem ich es kriegen kann.« Ein richtiges Konzept wurde daraus erst zu meiner Zeit im Planungsstab des Auswärtigen Amtes 1967 bis 1969.

*Da bereiteten Sie die Gespräche zum Moskauer Vertrag 1970 und den weiteren Ostverträgen vor.*

Ja, generalstabsmäßig, so dass ich zum Teil schon wusste, was Gromyko fragen würde, bevor er den ersten Halbsatz vollendet hatte. Als er über Berlin reden wollte, sagte ich: »Kann ich nicht, dazu habe ich keine Kompetenz. Das müssen Sie mit ihren drei westlichen Kollegen bereden.« Moskau konnte von uns auch nicht die völkerrechtliche Anerkennung der DDR verlangen. Und musste sich auch darin revidieren, dass alle Grenzen in Europa unantastbar seien. Wir haben uns schließlich geeinigt, dass Grenzen nur in gegenseitigem Einvernehmen geändert werden können. Diese Formel wurde dann auch wörtlich in die Schlussakte von Helsinki 1975 übernommen. In Moskau, Paris, London und Washington war man nunmehr überzeugt, die »deutschen Querelen« endlich los zu sein. Denn das wird nie passieren, dass die Grenzen zwischen der Bundesrepublik und der DDR in gegenseitigem Einvernehmen verändert oder gar aufgehoben werden. Die deutsche Frage verschwand von der internationalen Tagesordnung. Es gab danach keine ernsthafte Aktion mehr, weder vom Westen noch vom Osten, sie zu aktualisieren.

*Die Mauer zu beseitigen, so stellten Sie rückblickend fest, war bis 1989 nur eine propagandistische Forderung, keine politische. Haben Sie das zuweilen beklagt?*

Ich bin doch nicht verrückt. Ich habe in einem Interview in den 60er Jahren gesagt, das sei eine sympathische Forderung, aber völlig unreal. Denn wenn das im »Neuen Deutschland« steht, sind am nächsten Tag die Leitern in der DDR ausverkauft. Wenn es kein Risiko mehr ist, über die Mauer zu gehen, dann fällt der Grund ihrer Errichtung weg. Das wussten natürlich auch die Sowjets.

*Der Bau der Mauer war für die DDR ein Wirtschaftsanzreiz; Ulbricht konnte wirtschaftliche Reformen in der DDR angehen. Westberlin hingegen erlebte ein wirtschaftliches Desaster: Fachkräfte, Lehrer und Ärzte aus Ostberlin fehlten plötzlich und viele Menschen verließen den Westteil der Stadt in Richtung Bundesrepublik.*

Das, was unmittelbar nach der Grenzabriegelung passierte, war wirklich schrecklich. Weltunternehmen verlegten ihre Firmensitze von Westberlin nach Bayern, Schering blieb als einzige Ausnahme. Grundstücke und Immobilien waren zu Schnäppchenpreisen zu ergattern. Wir haben im Senat einige Verrenkungen gemacht, damit die Zahl der Einwohner in Westberlin nicht unter zwei Millionen sank, das war eine magische Zahl. Deshalb war uns jeder willkommen, der kam, einschließlich der Wehrunwilligen. Die realen wirtschaftlichen Verluste, die die Stadt bis heute nicht wettmachen konnte, versuchten wir durch kulturelle Ausstrahlung zu überdecken. Das ist uns gelungen, und davon profitiert Berlin heute noch.

*Klingt fast so, als seien Sie den Mauer-Erbauern auch dankbar?*  
Natürlich nicht. Man wird nicht zum Befürworter von Not, wenn man versucht, aus der Not eine Tugend zu entwickeln. Deutschland war de facto dreigeteilt: die Bundesrepublik, die DDR und Berlin. Deutschland hatte als einziges Land seine nationale Identität verloren und wir haben sie bis heute nicht zurückgewonnen. Es gibt kein Bewusstsein, was deutsche Identität ist. Helmut Kohl proklamierte als oberstes Ziel nach der staatlichen Einheit, die innere Einheit zu erreichen, was Versöhnung einschließt. Das ist bis heute nicht erreicht.

*Es wird ja auch genug getan, um diese Versöhnung zu vereiteln.*

Darin sind wir uns wahrscheinlich sogar einig.

*Hat die Linkspartei – in der die PDS aufgehoben ist – noch eine Bringschuld in der Aufarbeitung der Geschichte?*

Nein. Alles Wesentliche ist gesagt worden, auch wenn es kaum zur Kenntnis genommen wurde. Wie lange soll denn alles immer und immer wiederholt werden?



## Bewegungstipp: Vom Abenteuer zum Alltag



Viele Menschen schrecken (noch) vor dem alltäglichen Radfahren in Hamburg zurück, da ihnen der Verkehr zu laut und zu viel ist und sie sich unsicher fühlen. Dazu trägt sicherlich auch bei, dass der Zustand der Radwege in der Stadt noch immer nicht der beste ist, um es vorsichtig auszudrücken. Zu warten, bis dies sich ändert, ist sicherlich keine sonderlich originelle Haltung.

Deswegen will der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club Landesverband Hamburg (ADFC) motivieren und Mut machen, auch im Alltag das Rad öfter zu benutzen. Er bietet dafür die Fahrradtour »Vom Abenteuer zum Alltag« an, auf der es während einer Rundfahrt im Gebiet rund um die Außenalster Tipps und Hilfestellung zum sicheren Radfahren gibt. Die Teilnehmenden sollen Erfahrungen sammeln und lernen, wie sie sich im Verkehr als RadfahrerIn am besten verhalten. Und es werden Tipps gegeben, wie Mensch ruhige und attraktive Strecken auch in der Stadt finden kann.

Angesprochen werden sollen vor allem Menschen, die noch keine Alltagsradler sind. Aber auch diejenigen, die bereits regelmäßig Rad fahren und sich Tag für Tag über viele Kleinigkeiten ärgern, haben die Möglichkeit, ihre Erfahrungen und eigene Tipps einzubringen. Darüber hinaus gibt es auch für erfahrene Stadt-RadlerInnen im Rahmen des ADFC-Projektes »Hamburgs Bürger rauf aufs Rad« die Chance, ihren Ärger los-

zuwerden. Dafür werden zusätzliche Veranstaltungen angeboten, deren Termine auf der ADFC-Website rechtzeitig bekannt gegeben werden.

Die Plätze für die Teilnahme an »Vom Abenteuer zum Alltag« sind begrenzt. Die Tour findet unter Leitung von Merja Spott statt, der ADFC-Referentin für Verkehr. Als Termine sind vorgesehen: Samstag, **20. August, 15:00 Uhr**, Dienstag, **6. September, 18:30 Uhr** und Sonntag, **18. September, 15:00 Uhr**. Treffpunkt ist jeweils die Stadtradstation 2542 an der Ecke Lange Reihe/Ecke Kirchenallee. Die Kosten für die Teilnahme betragen 5 Euro (ermäßigt 2,50 Euro) und sind vor Ort zu zahlen. Die Anmeldung soll per E-Mail oder Telefon bis einen Tag vor der Veranstaltung an [info@hamburg.adfc.de](mailto:info@hamburg.adfc.de) oder unter Tel. 040/39 39 33 (AB) erfolgen.

Das Gesamtprojekt wird finanziell unterstützt von der norddeutschen Stiftung Umwelt und Entwicklung (NUE) aus Erträgen der Lotterie BINGO! Die Umweltlotterie. Alle Infos zur Radtour »Vom Abenteuer zum Alltag« gibt es auf <http://www.hamburg.adfc.de/freizeit/veranstaltungen/hamburgsbuerger-raufs-aufs-rad/>. Wer mehr über den Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club Landesverband Hamburg erfahren will, erhält dort ebenfalls Informationen oder in der Geschäftsstelle Koppel 34-36 in Hamburg-St. Georg (Tel. 040/39 39 33, Fax 040/3 90 39 55, E-Mail: [info@hamburg.adfc.de](mailto:info@hamburg.adfc.de)).

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir in der Regel 14-täglich über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: [joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de](mailto:joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de) oder [heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de](mailto:heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de).

Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Abgeordnetenbüro Buceriusstr. 2, 20095 Hamburg.